

Besitzungs-Preis

ist der Sonntagspreis über den im Geschäft und am Bureau entrichtete Betrieb und abgebührte Dienstzeit 40.-R., für besondere wichtige Zeitungen und Zeitschriften 40.-R. Durch die Post bezogenen Zeitungen und Zeitschriften: Dienstzeit 40.-R., Sonntags-Zeitung 40.-R.

Zur Stroh-Zeitung erhältlich um 7.-R., zur Eisen-Zeitung Montag um 5.-R.

Redaktion und Expedition:

Schlesische 8.

Die Redaktion ist Montagmorgens zwischen 8 und 10 Uhr, von Mittwoch bis Sonntag von 8 bis 10 Uhr, von 7 bis 8 Uhr.

Affiliaten:

Das Sturm'sche Bureau, Alte Schule, Universitätstraße 8 (Neubau), Schlesische 8, Montagmorgens von 7 bis 8 Uhr.

Zeitung 10.-R., Zeitungsmesse 14.-R., Zeitung 15.-R.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 561.

Mittwoch den 4. November 1896.

Der Herzog von Orleans und Frankreich. Der Vermählung des Herzogs von Orleans.

Während die Freiheit in unseren Tagen im Allgemeinen nicht gezeigt sind, den Gang der Politik entscheidend zu beeinflussen, so kann doch die Vermählung des Herzogs von Orleans, das Erbgut der royalistischen Ansprüche auf Frankreich, nicht als bedeutungslos bezeichnet werden. Der Herzog gewinnt durch seine Heirat mit der habespurischen Prinzessin Beziehungen, die ihm freilich nicht den Weg zum Throne ebnen, nicht Waffen für seine Anprüche verschaffen werden, die aber, wenn einmal das Blinggen an der Waage hin und her schwankt, im entscheidenden Augenblick als Gewicht für ihn in die Waagschale fallen können. Und diese Aussicht ist für den Präsidenten nicht ohne Werth.

Er läugt, dass er mehr in Herzog Philipp als einer ernst zu nehmenden Persönlichkeit erwacht. Jener Besuch in Frankreich 1890, der ihm den Spitznamen des "Prinzen Camille" eintrug, konnte freilich nur allgemeine Interessen erregen. Über selbem er zum Haupt der Familie aufgerückt ist, das er in verschiedenen Kundgebungen gezeigt, dass er seine ererbten Rechte und Ansprüche sehr ernst nimmt und, was wichtiger ist, dass er Verständnis zu haben scheint für den Weg, auf dem sie zu verwirklichen wären. Er hat die Absicht angekündigt, sich zum Abgesetzten wählen zu lassen; und von diesem Gedanken ist der Schritt nicht weit zu einer Kandidatur in zahlreichen Wahlkreisen, die den Herzog, wenn sie glücklich ausfällt, als den Erbmann eines großen Theiles der Nation gegen würden. Diese Politik ist nun freilich durchaus unorthodox, Es ist die Politik der Bonapartes; und der Herzog, die die Gedanken des Herzogs mit lebhaften Widersprüchen empfingen, hat infolge die Traditionen des Hauses Orleans mit Hugo vertreten.

Der junge Herzog aber hat anscheinend erkannt, dass ihm diese Traditionen gegenwärtig wenig helfen können. Das Orleans hat ihrer Vergangenheit noch in Frankreich wenig befreit. Es hat ihnen an Glanz gefehlt, an der Häufigkeit, ob eine gute Figur zu machen. Der Bürgerlong mit dem Regenmantel magte bei den Franzosen höchst der Eleganz und Schönheit annehmen, und Höherlichkeit, so heißt es ja, ideet in Frankreich. Auch der Herzog, der diente, sprach, hörte Graf von Paris, war nicht der Mann, die Nation zu gewinnen und zu bestimmen. Was aber kann atting, sieht Herzog Philipp geben zu sein. Er sieht die Fähigkeit zu dessen, glücklich zu politisch zu haben, den die Franzosen brauchen und lieben. Und wenn man auf seine tieferen Eindrücke eingehet, so beweist es doch Platz, dass er mit den politischen Überlieferungen seines Hauses zu brechen magt, und Verständnis für die Zeit, wenn er erkennt, dass er nur durch die unmittelbare Beziehung zu den Mäzen des französischen Volkes seinen Ansprüchen Rückgrat verleihen kann.

Für einen unternehmungslustigen, geschickten und glänzenden Präsidenten aber ist die Sache nicht unmöglich. Der Bonapartismus, der sonst nicht viele Ausdrücke hätte, entbehrt katholischer Präsidenten vollständig. Nach dieser Seite hin findet Herzog Philipp das Feld frei. Darf sich nun die Republik zwangsläufig in einem Biennialjahrhundert zu defensiven versetzen, so hat es doch zugleich eine leichte Corruption mit sich gebracht, das die stets fühlbaren Präsidenten sich mit der Macht in der Empfangung eines großen Widerwillens begegnen und sich vielfach das Gefühl gestellt haben, es sei ihnen besser, einen Herrn zu haben, als sich von diesen Präsidenten zu lassen. Was die Franzosen wohl am meisten an der Errichtung der Republik festen, das ist das demokratische Element, das sich in ihr ausprägt; und wenn Herzog Philipp

dies nun für sich anzunehmen weiß, so ist es nicht unmöglich, dass er im Übrigen die Franzosen mit einer anderen Staatsform befrieden kann.

Denn was die Franzosen eigentlich brauchen, das hat Karl Hildebrand, der unter allen Deutschen das gallische Volk vorliebt am besten kannte, vorläufig getroffen, wenn er den "demokratischen Charakter" als die für sie geeignete Regierungsform bezeichnete. Das Volk verlangt nach einem Kaiser. Es juckte dem habespurischen General Boulanger aus seinem andern Gewebe ja, als weil er den Platz fand, Kaiser zu spielen. Es verabscheut sich vor weniger Männern in dem Ambt eines Monarchen, in dem lange entwoben Gewisse männliche Prunk und höfische Eleganz. Jeden wie die Eigentümlichkeit der Franzosen in Bezug auf, so halten wir wohl sagen, das es nur darum ankommt, dass ein Mann von Glanz und Schwung die ererbten königlichen Ansprüche geltend macht; er müsse in dieser Zeit, so braucht es arm an Männern ist, den Erfolg nicht schwer an sich stellen können. Herzog Philipp muss zeigen, ob er der Mann ist, den sein Volk gebraucht; gegenwärtig jedenfalls verdeutlicht er durch seine Vermählung seine persönliche und politische Stellung in nicht zu verdeckter Weise.

Deutsches Reich.

* Leipzig, 3. November. Das Präsidium des Reichsgerichts hat bestimmt, dass das neu einzutretende Mitglied Dr. Ritter den Vorst in dem fünften Civilsenat übernehmen, also genau an die Stelle seines Vorgängers treten soll. Die Processe, über welche dieser Senat zu entscheiden hat, bewegen sich auf den schwierigsten Rechtsgebieten des altpreußischen Rechts. Der seitliche Vorsitzende dieses Senates, Dr. Wieser, der Spezialist im Handelsrecht war, sah sich daher nach seiner Ernenntung zum Senatorpräsidenten vor einer sehr schweren Aufgabe gestellt; er hat sich bei ihrer Bewältigung überarbeitet und dadurch den Grund gelegt zu dem Seinen, das ihn zwang, vorzeitig in Pension zu gehen. Sein ehemaliges Gehalt besteht nun seit dem 1. November Herr Dr. Ritter; da dieser aber zunächst einen vierjährigen Urlaub hat nehmen müssen, so bleibt vorläufig der Vorst in den Sitzungen des fünften Civilsenates wie schon seit langer Zeit in der Hand des ältesten Senators.

* Berlin, 3. November. In den preußischen Provinzialtagen wird der Ansturm auf die theologischen Facultäten fastmäthig betrieben. Wie förmlich in Berlin die brandenburgischen, so hat dieser Tage in Danzig die westpreussische die Hörde angenommen, dass das Kirchenregiment in stärkerer Weise als bisher von der Staatsregierung die Bedeutung der evangelisch-theologischen Facultäten mit Brocken verlangen soll, "die im Bedeutung der Kirche stehen". Bezeichnende Weise stehen hier wie dort an der Spalte der Bewegung die Führer der politischen Laien in den Rechten, hier Freiberg von Mantuaßel, mit Herrn Stöder, dort Herr von Puttkamer-Plaud, und so ergab sich schon aus den politischen Voraussetzungen in beiden Provinzen, dass es bei jenen Anträgen nicht nötig war, sachliche Einwendungen zu widerholen. Man hatte die Recht, und so genügte es, nach Wiederholung und Barisierung der hohen Thesen der Bewahrung des evangelischen Volkes durch unglaubliche Professoren mechanisch die Rechte weiter zu lassen. Aber deutlicher hat sich schon in der westpreussischen Provinzialzusage gezeigt, dass vor den Absichten der Herren Stöder und Puttkamer es sich die "bedeutungsvollen" Professoren bereit zu grauen beginnt. Als entschiedenster Gegner ist in Danzig der Königsberger Professor

der Theologie Dr. Cornill aufgetreten, der, wie er vorausgesagt, "eine Feindschaft und Widerstand auf dem Standpunkt des Kapitalismus" habe, aber um so schärfer dagegen Beweisführung einlegte, das auf diese Weise die Freiheit der Wissenschaft und damit gemacht und die Lehrer der Theologie an den Hochschulen gekrönt würden, auch aufzusprechen und zu lehren, was sie in gewissenhalter Formung als Wahrheit erkannt haben. Auf dieser rede spricht die tiefe aber begreifliche Verblüffung des deutschen Gelehrten über die in jenen Beischlüssen liegende Tendenz, das wissenschaftliche Kreuz der theologischen Facultäten verhängen und damit den wissenschaftlichen Einfluss des Universitäts auf den Schüler, die Veränderung einer geschlossenen Ordnung des geistlichen Nachwuchses, zum Schwinden zu bringen. Was den anderen Facultäten steht, kann aus die evangelisch-theologische billig für sich verlangen; doch Gelehrten stellen nur für Gelehrte sich und nur für wissenschaftliche Forscherarbeit und Lehren verleiht werden. Keinem "bedeutungsvollen Mann" ist bisher um dieser Eigenschaft willen die akademische Laufbahn verlegt gewesen und wenn es nun an Professoren nach dem Schema Stöder steht, dann wird es höchst wahrscheinlich ganz natürliche Gründe haben. Um so vermögender ist darum ein Verlangen, das den fälschlichen Eintritt verhindern nach theologische Professuren kann für "Erfüllungen" verleiht werden. Man möchte über diese Verfälle, in die berechtigte Freiheit der theologischen Wissenschaft Dreieck zu legen, gelassen hinwegsehen können, wenn nicht, wie wir schon häufig betonten, leider das Verhalten des Vertreters der preußischen Regierung auf der brandenburgischen Provinzialzusage deutlich gezeigt hätte, dass die Machthabigkeit des Justizministers Dr. Basse gegen diese Tendenzen bedeutlich im Wachsen ist. Wenn daher Herr Stöder, der ja noch ein Landtagsmandat in Händen hat, nicht dafür sorgen sollte, das im Abgeordnetenkamme seine Projekte zur Sprache kommen, so wird offensichtlich die nationalliberale Fraktion die Initiative ergreifen, um mit der Einschneidung der Facultäten in dem "südlichen" deutschen Staate unangestossen bleibt.

* Berlin, 3. November. In dem "national-socialen" Organ, der "Zeit", wird die Feststellung an den "Ostpreußen" verordnet, dass der Elberfelder Kommissar v. Garay eine par-Serothe eine par-Serothe eines oberrömischen Amtes ungeeignete Verhältnisse ist, zum Ausgangszeit folgender Beispielsprüche über Polenpolitik gesammelt:

"So lange man die "wollen Kamellen" längst verlogen politischer Rauschläufe dazu braucht, um den Polen die gleiche Behandlung wie den anderen Untertanen zu verweigern, so lange werden sie niemals gute Untertanen werden. Die Unterdrückungspolitik ist bisher nicht die mindesten Erfolge gebracht, wenn anders man nicht in den wohlsindenden Wahlsiegern des Polen solche Erfolge sieht. Man versteht es nun einmal mit einer Politik der Gerechtigkeit, d. i. der völligen Gleichheit der politischen und der destruktiven Laien. Es ist klar, dass man die Preising Polen nicht die Selbstverwaltung, die eine der Grundlagen der bürgerlichen Freiheit ist. Sozialistische Antisemitische und polnische Landeskriege werden dem Deutschen Reich weit förderlicher sein, als überzeugende deutsche Districtskommissare, die durch die Geschwindigkeit ihres Handelns die Autorität der Regierung stützen. Denn das volkliche Verwaltungskomitee ist nicht eine durch zu große Milde gegen ihre Stammgenossen aufgestützt werden, sollte sie gleich die Erfahrung, die in ähnlichen Sälen immer die gleiche war."

Die "Mai-Ztg." entgegnet hierauf:

"Nicht um Milde oder Härte gegen die Stammgenossen

handelt es sich, wenn man politische Landeskriege nicht erkennt und das Institut der Oberschulinspektion in der Kronen Polen nicht einfüllt, sondern darum, dass man nicht oberrömische Kamelle zur Propaganda eingesetzt, welche oberrömische Staatsbeamte nicht unterstehen. So lange es in der Kronen Polen unangefochten ist, das Distriktsleiter eingesetzt, bleiben oberrömische Staatsbeamte des Landkreises, wie die Distriktskommisariate es sind, unangefochten. Aber die drei Kommissare v. Garay betreffende Beschlüsse enthalten eine reelle Mahnung an die Regierung, für die Distriktskommisariate die Verbindlichkeiten mit größerer Sorgfalt auszuüben. Offiziell, welche auf irgend einem Grunde frühzeitig den Distriktsleiter verlassen haben, sind dagegen in jüngster Zeit mehrere oberrömische Landeskriege mit, die auf dienstlichen unangefochtenen und fast nie von einem Kuffelkopf des Ministerialen Polen unangefochten sind. Es wäre zu erwarten, ob nicht ein Teil der zahlreichen unbestraften Elberfelder als Polizeibeamte der Polener Landeskriege verwendet werden könnte. Ein Kuffel, der nur für einige Jahre eine beratende Stellung übernimmt, würde für eben denselben nicht anderer Angabe ansetzen und anders ausfüllen, als ein positionierter Offizier, der sich voll ausgleichen für den Rest seines Lebens daraus gefestigt weiß. Durch beratende Stimme oder Beratung werden Ausführungen, wie die des Kommissars v. Garay, selbstverständlich weiter entstehen, noch auch nur erfordert; wie sprechen hier vor der Sitzung der Distriktskommisariate Sitzungen, die sie vielleicht von Karlsruhe oder Berlin übertragen überkommen. Soviel die "Mai-Ztg.". Wie möchten unfeierlich hinzufügen, dass die "wahnsinnigen Wadsfänge" der Polen das Ergebnis der Verklärungspolitik des Grafen Caprivi sind. Ob dieser schon an die Einsetzung polnischer Verwaltungskommissionen als Mittel zur Sicherung des Deutschen Reichs gedacht hat, wissen wir nicht. Möglich ist es ja, aber wir glauben doch, dass die "Zeit" in dieser Beziehung den Grafen Caprini überzeugt hat.

* Berlin, 3. November. (Telegogramm.) Zur gestrigen Frühstückstafel im Neuen Palais waren der Staatssekretär des Reichsmarine-Amtes Admiral Hollmann und der General-Kommandeur von Sennels-Borussia geladen. Nachmittags unternahm der Kaiser und die Kaiserin einen gemeinsamen Spaziergang in die Umgebung des Neuen Palais. Heute Vormittag batte der Kaiser von 9 Uhr ab den Vortrag des Staatssekretärs des Reichschlagzeuges Grafen v. Potschendorf-Werner und empfing um 10 Uhr den Reichsmarineminister Generalleutnant v. Goeler zum Vortrage. Beide der angestrebten Witterung haben der Kaiser und die Kaiserin die Absicht aufgegeben, an der heutigen Hubertusjagd im Grunewald teilzunehmen.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Das Staatsministerium trat heute Nachmittag unter dem Vorlage des Fürsten Hohenlohe zu einer Sitzung zusammen.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Der Director des Instituts für Infanteriestranchen, Gen. Ratz Koch, wird sich der "Kriegs-Algem. Ztg." zufolge auf Einladung der Regierung der Gascolnie nach Cappstadt begeben, um einen angestrebten Witterung haben der Kaiser und die Kaiserin die Absicht aufzugeben, an der heutigen Hubertusjagd im Grunewald teilzunehmen.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Das Staatsministerium trat heute Nachmittag unter dem Vorlage des Fürsten Hohenlohe zu einer Sitzung zusammen.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Der Director des Instituts für Infanteriestranchen, Gen. Ratz Koch, wird sich der "Kriegs-Algem. Ztg." zufolge auf Einladung der Regierung der Gascolnie nach Cappstadt begeben, um einen angestrebten Witterung haben der Kaiser und die Kaiserin die Absicht aufzugeben, an der heutigen Hubertusjagd im Grunewald teilzunehmen.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Die "Vor" erklärt die Meldung, dass der Landbaupräsident Dr. Schmidt als Nachfolger des Majors v. Wissmann in Aufsicht genommen ist, für unbegründet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Maximilian Harden hatte in der Zeitschrift "Aufbau" gelegentlich mitgeteilt, dass Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Die "Vor" erläutert die Meldung, dass der Landbaupräsident Dr. Schmidt als Nachfolger des Majors v. Wissmann in Aufsicht genommen ist, für unbegründet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bescheide beantwortet.

* Berlin, 3. November. (Telegramm.) Heinrich v. Treitschke der "Zukunft" das Versprechen gegeben habe, ihr einen Beitrag zu liefern, der nicht durch erfüllt werden kann. Demgegenüber erklärt Professor Theodor Schiemann in der "Kreuzig.", v. Treitschke habe ein solches Versprechen nicht gegeben, vielmehr einen Brief, Harden an ihn gerichtet, mit einem nicht möglichen abschließigen Bes